



DIE FAMILIENUNTERNEHMER - ASU | Charlottenstraße 24 | 10117 Berlin
DIE JUNGEN UNTERNEHMER - BJU | Charlottenstraße 24 | 10117 Berlin

An die Bundeskanzlerin
der Bundesrepublik Deutschland
Frau Dr. Angela Merkel, MdB
Bundeskanzleramt
Willy-Brandt-Str. 1
10557 Berlin

OFFENER BRIEF zur Euro-Rettung!
Berlin, 10. Dezember 2010

Sehr geehrte Frau Bundeskanzlerin,

wir sind Europäer aus Überzeugung. Europa mit einer gemeinsamen Währung ist das Projekt zweier Generationen. Doch diese Lebensleistungen stehen jetzt auf dem Spiel. Der Euro könnte zu unserer Schicksalsfrage werden.

Wir Jungen Unternehmer und Familienunternehmer wissen, dass über 40 Prozent unserer Exporte in den Euroraum gehen und unsere Wirtschaft so von der gemeinsamen Währung profitiert. Wir wissen aber auch, dass der Aufkauf von Staatsanleihen durch die EZB schnell in eine hohe Inflation umschlagen kann. Und wir können uns ausrechnen, dass die immer höheren Garantien für überschuldete Euro-Länder ziemlich bald zu immensen Steuererhöhungen bei uns und unseren Mitarbeitern führen werden.

Wir sind in größter Sorge, dass zur Rettung des Euro ein verhängnisvoller Weg eingeschlagen wird, der bereits mittelfristig zum Scheitern unserer Gemeinschaftswährung führt. Wir Jungen Unternehmer und Familienunternehmer appellieren an Sie, die Interessen der nächsten Generation im Blick zu behalten. Verhindern Sie bitte, dass durch Rettungsschirme und Garantien das Haftungsprinzip außer Kraft gesetzt wird. Haftung ist der Grundsatz, der vor zu hohem Risiko schützt – wir Unternehmer wissen, wovon wir sprechen.

Eine unbefristete und eventuell noch ausgeweitete Verlängerung des jetzigen Euro-Rettungsschirmes wird die Bonität des wesentlichen Ankerlandes – nämlich Deutschland – massiv in Zweifel ziehen und damit alle weiteren soliden Rettungsoptionen unmöglich machen. Aktuelle Entwicklungen kündigen an, wie schnell sich Bonitätseinschätzungen auch in Bezug auf Deutschland ändern können.

Präsidium
DIE FAMILIENUNTERNEHMER

Präsidium
DIE JUNGEN UNTERNEHMER

Charlottenstraße 24
10117 Berlin
Tel. 030 300 65-310
Fax 030 300 65-303
kontakt@
familienunternehmer.eu
bju@bju.de

Seite 2
zum Schreiben vom
10. Dezember 2010

An den Finanzmärkten gibt es Signale, dass eine Beteiligung der Gläubiger bei Staatsanleihen überschuldeter Staaten nicht völlig überraschend wäre. Die kräftigen Abschlüge auf diese Papiere und die hohen Renditen zeigen das. Es gibt vor allem aus folgendem Grund keine Alternative zur Einbeziehung der Gläubiger: Eine weitere befristete Verlängerung des Schutzschirmes wird die Probleme und die Dimensionen deutlich anwachsen lassen. Denn die unter der Garantie aufgenommenen zusätzlichen Kredite können selbst bei nur mäßig realistischen Wachstumsperspektiven von diesen Ländern nicht mehr bedient werden. Europäische Solidarität darf nicht heißen, die Partner in einen immerwährenden Schuldendienst zu stürzen. Wir sind aus falsch verstandener Hilfsbereitschaft kurz vor diesem Schritt – und der würde selbst die Finanzmärkte überraschen. Eine falsch verstandene Hilfsbereitschaft läge auch in der Einführung von schädlichen Euro-Anleihen.

Es gibt also keine Alternative zu einer klaren Beteiligung privater Gläubiger. So dürfen künftige Staatsanleihen keinesfalls ohne Haftung der Gläubiger begeben werden. Diese Beteiligung der Gläubiger sollte dabei so schnell wie möglich erfolgen, Probleme dieser Größenordnung müssen offensiv, niemals defensiv angegangen werden. Die Staaten, deren Refinanzierung scheitert, sollten Forderungen privater Gläubiger nicht mehr in voller Höhe zu Lasten der Steuerzahler Europas, insbesondere Deutschlands, bedienen.

Wenn das nicht schnell passiert, werden wir einen noch schnelleren, fatalen Austausch der Gläubiger erleben – die privaten Gläubiger gehen ohne Verlust raus und die EZB und der Rettungsschirm übernehmen die schlechten Risiken. Gleichzeitig lassen die immer schneller wachsenden Schulden dann nur noch zwei Lösungen zu: Drastische Steuererhöhungen bei gleichzeitigen erheblichen Leistungskürzungen des Staates auch bei den halbwegs gesunden Euro-Ländern, weil sie ihre Garantien einlösen müssen – oder noch schlimmer für die arbeitenden Bürger, es kommt zur Inflation. Umgekehrt werden die Sparbemühungen bei den Defizitländern automatisch nachlassen. Wir halten deshalb die konsequente Einbeziehung der privaten Gläubiger für alternativlos. Wie sollten sonst den Bürgern Sparmaßnahmen noch vermittelt werden?

Natürlich wissen wir, dass dann drohende Abschreibungen bei Banken und Versicherungen zu Problemen an anderer Stelle führen. Aber die sind lösbar. Nicht lösbar wird die Entwicklung, wenn Haftung und Verantwortung zu lange ausgeklammert werden. Lieber schauen wir den neuen Problemen ins Auge – denn was sind 100 Milliarden Euro direkter Hilfen gegen eine Verdoppelung unserer Staatsschulden von 1,7 Billionen Euro, die uns bei Übernahme von Garantien für viele andere Euro-Länder drohen?

Seite 3
zum Schreiben vom
10. Dezember 2010

Sehr geehrte Frau Bundeskanzlerin,

wir möchten Sie in Ihrem Engagement für eine zügige Gläubigerbeteiligung ausdrücklich bestärken und zugleich vor mittel- und langfristig verheerenden Folgen warnen, wenn dieses nicht geschieht. Im Sinne Europas muss nun Wahrheit und Verantwortung gelebt werden. Denn die europäische Idee darf nicht schon nach zwei Generationen zerbrechen. Damit treten Sie in den europäischen Gremien gerade auch für die Interessen der nächsten Generation ein.

Wegen der grundsätzlichen Bedeutung des Themas und mit Blick auf den bevorstehenden Europäischen Rat erlauben wir uns, diesen Brief auch dem Präsidenten des Europäischen Rates, dem Präsidenten der Eurogruppe und dem Bundesfinanzminister zur Kenntnis zu geben sowie ihn in den nächsten Tagen zu veröffentlichen.

Mit freundlichen Grüßen



Dr. Patrick Adenauer
Präsident DIE FAMILIENUNTERNEHMER
Bauwens GmbH & Co. KG, Köln



Marie-C. Ostermann
Bundesvorsitzende DIE JUNGEN UNTERNEHMER
Rullko Großeinkauf GmbH & Co. KG, Hamm



Michael Moritz
Vorsitzender der Ordnungspolitischen Kommission
CatCap GmbH, Hamburg



Ralf Saatkamp
Vorsitzender der wirtschaftspolitischen Kommission
stellv. Bundesvors. DIE JUNGEN UNTERNEHMER
System Trailers Fahrzeugbau GmbH, Twist



Dr. August Oetker
Präsidiumsmitglied DIE FAMILIENUNTERNEHMER
Dr. August Oetker KG, Bielefeld



Friedrich Görtz
Präsidiumsmitglied DIE FAMILIENUNTERNEHMER
Ludwig Görtz GmbH, Hamburg



Sebastian Koepfert
stellv. Bundesvors. DIE JUNGEN UNTERNEHMER
beckers bester GmbH, Nörten-Hardenberg

gez.

Karl-Erivan Haub
Vizepräsident DIE FAMILIENUNTERNEHMER
Unternehmensgruppe Tengelmann, Mülheim

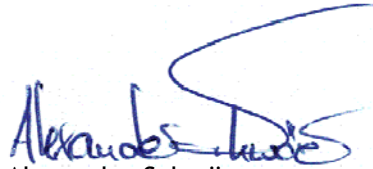
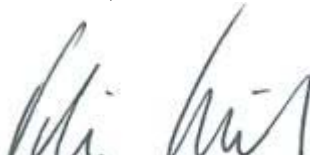
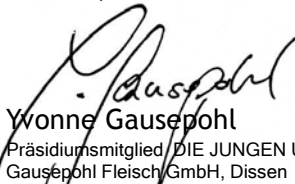



Dr. Harald Frank
Vizepräsident DIE FAMILIENUNTERNEHMER
Gebr. Frank GmbH & Co. KG, Gera



Lutz Goebel
Vizepräsident DIE FAMILIENUNTERNEHMER
Henkelhausen GmbH & Co. KG, Krefeld

Seite 4

zum Schreiben vom
10. Dezember 2010**Udo J. Vetter**
Vizepräsident DIE FAMILIENUNTERNEHMER
UV-CAP GmbH & Co. KG, Ravensburg**Alexander Schwörer**
Präsidiumsmitglied DIE JUNGEN UNTERNEHMER
PERI GmbH, Weißenhorn**Axel Witte**
Präsidiumsmitglied DIE FAMILIENUNTERNEHMER
RST HANSA GmbH, Essen**Dr. Peter v. Möller**
Vizepräsident DIE FAMILIENUNTERNEHMER
MöllerGroup GmbH & Co. KG, Bielefeldgez.
Tobias Heitmannstellv. Bundesvors. DIE JUNGEN UNTERNEHMER
Zimmermann & Heitmann GmbH, Dortmund**Ywonne Gausepohl**
Präsidiumsmitglied DIE JUNGEN UNTERNEHMER
Gausepohl Fleisch GmbH, Dissen**Philipp Moeller**
stellv. Bundesvors. DIE JUNGEN UNTERNEHMER
Möller & Förster GmbH & Co. KG, Hamburg**Axel Bree**
Präsidiumsmitglied DIE FAMILIENUNTERNEHMER
BREE Collection GmbH & Co. KG, Isernhagen**Michael Oschmann**
Präsidiumsmitglied DIE FAMILIENUNTERNEHMER
Hans Müller GmbH & Co. KG, Nürnberg**Franz-Georg Heggemann**
Präsidiumsmitglied DIE FAMILIENUNTERNEHMER
Felix Böttcher GmbH & Co. KG, Köln**Richard Borek**
Präsidiumsmitglied DIE JUNGEN UNTERNEHMER
Richard Borek GmbH & Co. KG, Braunschweig

Nachrichtlich an:

Herman Van Rompuy (Präsident des Europäischen Rates)

Jean-Claude Juncker (Präsident der Eurogruppe)

Dr. Wolfgang Schäuble (Bundesfinanzminister)